

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.09.2024
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:32 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Oberbürgermeister

Kruithoff, Tim

Oberbürgermeister

Vorsitzender

StreLOW, Gregor

SPD-Fraktion

Davids, Walter

Götze, Horst

(bis 21:12 Uhr)

Hemken, Harald

Kruse, Detlef

Kruse, Doris

Rehling, Gertrud

Rosema, Swantje

(bis 21:31 Uhr)

Stomberg, Holger

ten Hove, Andreas

Winter, Maria

CDU-Fraktion

Falbe, Ole

Hegewald, Reinhard

Held, Wilke

Ohling, Albert

Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Borchers, Sebastian

Göring, André

Marsal, Andrea

stv. Ratsvorsitzende

Meyering, Johannes

Nützel, Christian

Ouedraogo, Abdou

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Busch, Friedrich

Meyer, Henning

von Gliszczynski, Alexander

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

(bis 21:13 Uhr)

Janssen, Bernd

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Martens, Michael

BSW-Fraktion

Mennenga, Lars

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Grendel, Volker

Krantz, Irina

Erster Stadtrat

Stadtrat

Stadtbaurätin

von der Verwaltung

Dayi, Evin

Philipps, Gaby

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Gäste

Helmerichs, Franka

Wulff, Manfred

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Strelow eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er freue sich, Frau Helmerichs, die 1. Bevollmächtigte der IG Metall Emden, sowie Herrn Wulff, den Betriebsratsvorsitzenden des VW-Werkes Emden, zu TOP 5, Vorlage 18/1338 „Resolution des Rates der Stadt Emden zur aktuellen Situation der Volkswagen AG Werk Emden; - Gemeinsamer Antrag des Rates der Stadt Emden“ in der heutigen Sitzung begrüßen zu dürfen. Zu Beginn der Sitzung sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

Anschließend gedenkt der Rat dem am 29.07.2024 im Alter von 87 Jahren verstorbenen Ratsherrn **Ahrlich Groeneveld**. Er geht ausführlich auf die ehrenamtliche Tätigkeit des Ratsmitglieds in den einzelnen Ausschüssen ein. Danach legt der Rat eine Gedenkminute für den Verstorbenen ein.

Anlässlich der ausgeteilten Festschrift hinsichtlich des 35-jährigen Jubiläums des Ökowerks erklärt er, dass diese verfasst worden sei, um auf die Erfolge und Tätigkeiten hinzuweisen. Er betont, dass die Stadt Emden von Anfang an wesentlich zur Erfolgsgeschichte beigetragen habe. Im Jahr 2008 sei das Ökowerk in eine gemeinnützige Stiftung umgewandelt worden. Der Rat wolle der Stiftung für ihre Arbeit danken und weiterhin viel Erfolg wünschen, insbesondere angesichts der Herausforderungen, die sie zu bewältigen habe.

Im Namen des Rates gratuliert er im Anschluss daran Herrn **Busch** nachträglich zu seinem 60. Geburtstag sowie **Herrn Eichhorn** zu seiner Hochzeit am 14.06.2024.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winter bittet darum, TOP 8, Vorlage 18/0036/2 „Besetzung des Seniorenbeirates der Stadt Emden“ in der nächsten Ratssitzung zu behandeln. Derzeit würde sich die SPD-Fraktion noch in Gesprächen mit möglichen Kandidatinnen und Kandidaten befinden.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 13.06.2024
- öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 13.06.2024 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 5 Resolution des Rates der Stadt Emden zur aktuellen Situation der Volkswagen AG Werk Emden;
- Gemeinsamer Antrag des Rates der Stadt Emden
Vorlage: 18/1338

Frau Helmerichs dankt zunächst für die Möglichkeit, in der Ratssitzung zu sprechen, und betont das Anliegen, die aktuelle Situation darzustellen und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Danach übergibt sie das Wort an Herrn Wulff.

Herr Wulff stellt die aktuellen Herausforderungen im Volkswagenwerk Emden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Er berichtet, dass das Werk sich mitten in der Transformation zur Produktion von Elektroautos befinde. Zwar seien anfangs vier Modelle geplant gewesen, der Vorstand habe jedoch beschlossen, das Modell „Arteon Shooting Brake“ früher als geplant auslaufen zu lassen. Ab Januar nächsten Jahres würden sie nur noch drei Elektrofahrzeuge herstellen. Die Transformation habe zu über 5.000 Personalverschiebungen geführt, was den Mitarbeitenden stark zugesetzt habe.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Herr Wulff kritisiert die Kürzung der staatlichen Förderung für Elektroautos, die zu einem Rückgang der Absatzzahlen geführt habe. Aufgrund dieser Situation hätten sie nicht, wie geplant, in drei Schichten arbeiten können und müssten weiterhin Personal reduzieren. Der Vorstand fordere zusätzlich Einsparungen in Milliardenhöhe, obwohl bereits ein Ergebnisverbesserungsprogramm laufen würde.

Besonders besorgniserregend sei die Kündigung der Beschäftigungsgarantie, die seit 30 Jahren bestehe und bis 2029 gültig gewesen wäre. Dies habe für große Unruhe in der Belegschaft gesorgt. Er kritisiert die Politik und fordert eine Wiederaufnahme der Förderung für Elektroautos und einen schnelleren Ausbau der Ladeinfrastruktur. Zudem betont er, dass die Diskussion über Technologieoffenheit, also alternative Antriebe wie Wasserstoff und E-Fuels, nicht hilfreich sei, da diese Technologien nicht zeitnah verfügbar seien. Abschließend unterstreicht er, dass eine parteiübergreifende Lösung notwendig sei, um die Industrie in Deutschland zu sichern und das Vertrauen zwischen Belegschaft und Vorstand wiederherzustellen. Ziel sei es, bis Weihnachten eine Lösung zu finden, um den Mitarbeitenden Sicherheit zu geben.

Herr Strelow bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Winter bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie hebt die enge Verbindung des Emdener Werks zur Stadt und Region vor. Trotz der Feierlichkeiten am vergangenen Wochenende äußert sie große Sorgen über die Entwicklungen bei VW, die tausende Beschäftigte und ihre Familien in der Region betreffen würden. Sie kritisiert, dass diese für das Missmanagement des Konzerns zahlen müssten und fordert die Verantwortlichen auf, konstruktive Lösungen zu finden. Mit der Resolution wolle die SPD-Fraktion ein Zeichen der Solidarität setzen und fordere, dass die Stimmen der Beschäftigten gehört würden.

Frau Helmerichs betont, dass die Sozialpartnerschaft bei VW in der Resolution nicht ausreichend gewürdigt werde. Sie stellt fest, dass das Vertrauen der Mitarbeiter bereits enttäuscht worden sei und eine Wiederherstellung der Gesprächsatmosphäre gefordert werden müsste. Die Beschäftigten hätten in der Vergangenheit viel für Beschäftigungssicherungen geleistet und es sei wichtig, die Sozialpartnerschaft zu restaurieren. Sie nennt den Industriestrompreis als entscheidenden Faktor für zukünftige Investitionen, welcher ihrer Ansicht nach ebenfalls in der Resolution berücksichtigt werden müsste. Abschließend erläutert sie, dass Fehlentscheidungen des Managements nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden dürften.

Herr Kruithoff stimmt Frau Helmerichs zu und schlägt vor, den Satz in der Resolution zu ergänzen, um klarzustellen, dass das Vertrauen der Mitarbeiter nicht weiter enttäuscht werden dürfe und eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre wiederhergestellt werden müsse. Hinsichtlich des Industriestrompreises zeigt er die in der Resolution aufgeführte Notwendigkeit verlässlicher politischer Rahmenbedingungen auf, welche diesen beinhalten würde. Dies sei etwas, was ohnehin zu jeder Zeit gefordert worden sei und zu dem man sich beispielsweise im Rahmen der Ansiedlung der Batteriezellenfabrik und bei vielen öffentlichen Stellungnahmen auch klar bekannt habe. Er betont, dass es wichtig sei, sich nicht in Details zu verlieren, sondern die Hauptpunkte klar herauszustellen.

Herr Verlee kritisiert das Vorgehen des VW-Vorstandes, einen solchen Schritt zu gehen, ohne zuvor Gespräche geführt zu haben. Der Vorstand und Betriebsrat hätten eigentlich die unternehmerischen Interessen wahren und gemeinsam daran arbeiten sollen. Er fordert in dieser Angelegenheit klare Adressaten, einschließlich des Aufsichtsrates, Vorstandes sowie des Betriebsrates, die das Schreiben erhalten und von denen Antworten erwartet würden. Er betont, dass die CDU auf allen Ebenen ein klares Bekenntnis zur E-Mobilität abgebe und fordert Minister Habeck auf, Förderungen zu initiieren, um den Standort Deutschland zu sichern. Gleichzeitig warnt er vor den ambitionierten Zielen der EU, die die Autoindustrie gefährden könnten.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Abschließend macht er deutlich, dass ohne Autoverkäufe auch keine Arbeitsplätze gesichert werden können.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen. Er betont die Einigkeit im Rat hinsichtlich der Standort- und Beschäftigungssicherung. Des Weiteren weist er auf die lange Vorgeschichte der Probleme hin, die schon vor 2022 begonnen habe, und stellt fest, dass die Weichen für die Elektromobilität zu spät gestellt worden seien. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, die Belegschaft und die IG Metall zu unterstützen sowie über den Industriestrompreis zu diskutieren. Er kritisiert die finanzielle Blockade durch den Finanzminister und fordert eine Neudefinition der Schuldenbremse, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu sichern.

Herr Busch stellt klar, dass der VW-Vorstand seiner Meinung nach nicht falsch gewirtschaftet habe, sondern mutig auf die politischen Forderungen nach E-Mobilität und CO₂-neutralem Straßenverkehr reagiert habe. Er kritisiert, dass die Transformation zu schnell vorangetrieben wurde, während die nötige Infrastruktur und die Nachfrage nach E-Fahrzeugen nicht ausreichend vorhanden seien. Zudem erinnert er Herrn Wulff daran, dass die FDP-Fraktion ihn eingeladen habe, um den Antrag zu stellen, Verbrennermotoren länger in Emden zu belassen. Herr Wulff habe daraufhin geantwortet, dieser sei nicht nötig, da die Transformation gewünscht werde. Herr Busch betont, dass eine stärkere staatliche Förderung der E-Mobilität notwendig sei. Er zeigt sich optimistisch, dass die Transformation des Autoverkehrs gelinge.

Herr Eichhorn bedankt sich für die Möglichkeit zur Diskussion der Resolution und würdigt die Herausforderungen, denen Frau Helmerichs und Herrn Wulff derzeit ausgesetzt seien. Er drückt seine Besorgnis über die aktuelle Situation bei VW aus und verweist auf die politischen Rahmenbedingungen, die die E-Mobilität beeinträchtigen. Er kritisiert die Ampelregierung, die seiner Meinung nach versäumt habe, notwendige Förderungen bereitzustellen, was zu einem Anstieg der Strompreise geführt habe. Er fordert die Regierung auf, bessere Konzepte zu entwickeln, und macht deutlich, dass die Probleme nicht der Belegschaft, sondern einem Großteil der Bundespolitik zuzuschreiben seien.

Herr Mennenga äußert sich zu den Flottengrenzwerten und betont, dass diese zu hoch seien. Seiner Ansicht nach sei die vollständige Umstellung des Standorts auf E-Mobilität ein Fehler gewesen. Er stellt fest, dass viele Fahrzeuge, einschließlich Hybridmotoren, die Grenzwerte nicht einhalten könnten. Er äußert Bedenken hinsichtlich der mangelhaften Infrastruktur für E-Autos und weist darauf hin, dass die hohen Strompreise oft teurer seien als die Dieselpreise. Er bezweifelt die Wirksamkeit der CO₂-Ziele Deutschlands, solange große Länder wie Amerika und China nicht mitziehen würden.

Herr Ouedraogo betont, dass die Transformation von VW notwendig und erfolgreich sei. Er weist darauf hin, dass es wichtig sei, nach vorne zu schauen, anstatt Schuldzuweisungen zu machen. Er betont zudem die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu steigern und die Akzeptanz von E-Mobilität zu fördern, um das Interesse der Menschen an der E-Mobilität zu wecken. Er schließt mit dem Hinweis, dass eine harmonische Stimmung im Land notwendig sei, um den Konsum zu fördern.

Herr Wulff erklärt, dass Volkswagen nicht von selbst auf die Idee gekommen sei, E-Autos zu bauen, sondern durch externe Faktoren wie das Pariser Klimaschutzabkommen und das Verbrenner-Verbot ab 2035. Er äußert, dass Herbert Diess in der Umstellung des Unternehmens auf E-Mobilität die richtige Entscheidung getroffen habe. Allerdings macht er auf Managementfehler aufmerksam, wie die falsche Einschätzung des chinesischen Marktes und die unzureichende Nutzung von Synergien bei Batteriesystemen. Diese Fehler führten dazu, dass die Elektroautos teuer blieben und dass Volkswagen hohe Investitionen tätigen musste. Er betont, dass eine Umstellung des gesamten Unternehmens erforderlich gewesen sei, um effizient zu arbeiten, und kritisiert, dass die Politik ebenfalls versagt habe, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Abschließend stellt er fest, dass Volkswagen gute Autos

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

produziere und dass die kommenden Modelle ab 2026/2027 erschwinglicher sein sollten, was jedoch zu spät sei und als Managementversagen gewertet werden müsse.

Herr Strelow bedankt sich für die weiteren Klarstellungen und wichtigen Informationen.

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die folgende Resolution und bekräftigt damit seine Unterstützung für den Standort Emden und seiner Beschäftigten.

Der Rat der Stadt Emden ist in großer Sorge um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, den weiteren Verlust von Industriearbeitsplätzen und dem fehlenden Anreiz für die Ansiedlung neuer, innovativer Technologien in unserem Land. Die aktuellen Meldungen zur Situation der Volkswagen AG haben in diesem Zusammenhang zu großer Beunruhigung und Sorge bei den Beschäftigten und in der Bevölkerung geführt.

Wir unterstreichen mit unserem Beschluss die besondere Bedeutung der Automobilindustrie und unsere Unterstützung für die Volkswagen AG insgesamt sowie aller ihrer Beschäftigten. Die Stadt Emden ist seit dem Bau der Fabrik vor 60 Jahren eng mit Volkswagen verbunden und steht in dieser schwierigen Phase als verlässlicher Partner insbesondere eng an der Seite des Werkes Emden und seiner Beschäftigten.

Die Volkswagen AG und ihre Zulieferbetriebe sind wesentlich für die Wertschöpfung und den Wohlstand der gesamten Region Ostfriesland und des nördlichen Emslandes verantwortlich. Mehr als 8.000 Familien sind direkt vom Volkswagen Werk Emden abhängig. Hinzu kommt mindestens noch einmal die gleiche, gewaltige Anzahl von Beschäftigten bei Dienstleistern, Zulieferern sowie im Logistikbereich – insbesondere im Seehafen Emden, dem drittgrößten Automobilumschlaghafen der westlichen Welt. Die Arbeitsplätze und die Gewerbesteuern sind für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben der Stadt Emden und damit für das Wahrnehmen der Verantwortung für die Menschen unserer Stadt von existenzieller Bedeutung.

Die Mitarbeitenden des Werkes Emden haben im Rahmen des gewaltigen Transformationsprozesses hin zur Elektromobilität, in dem sich die europäische Automobilindustrie aktuell befindet, Herausragendes geleistet und diesen konstruktiv begleitet. Es gilt jetzt, das Vertrauen dieser Mitarbeitenden nicht weiter zu enttäuschen und eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre wiederherzustellen.

Der Rat der Stadt Emden bittet alle Verantwortlichen der Volkswagen AG - den Vorstand, das Management und die Arbeitnehmervertretung -, respektvoll und konstruktiv in einen Dialog der Lösungsfindung zu gehen. Damit einher geht der klare Appell, in der aktuellen Krise, in der sich der Konzern befindet, Lösungen zu finden, welche sowohl die betriebswirtschaftlich notwendigen Schritte als auch die soziale Verantwortung für die vielen Beschäftigten beinhalten. Die Sozialpartnerschaft der Volkswagen AG war stets eine der großen Stärken des Unternehmens, die es jetzt zu nutzen gilt.

Wir fordern das Management und den Aufsichtsrat, insbesondere den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Hans Dieter Pötsch, sowie den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Herrn Stephan Weil, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrates, auf, auf die Schließung von Standorten zu verzichten und die Arbeitsplätze zu erhalten. Stattdessen muss es darum gehen, die Auslastung und damit die Ertragsstärke zu verbessern und dem Kostendruck zu begegnen. Hierfür braucht Volkswagen verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Wir erwarten von EU-Parlament und der EU-Kommission sowie von Bund und Land eine verlässliche und konsistente Industriepolitik. Dazu gehört, mittelfristig eine klimaneutrale Mobilität

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

zu ermöglichen und ab 2035 nur noch Fahrzeuge auf den Markt zu bringen, die keine klimaschädlichen Treibhausgase mehr ausstoßen. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, die den Umstieg auf die E-Mobilität fördern. Weiterhin erwarten wir den konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Neuansiedlungen von energieintensiven Zukunftstechnologien (z. B. Batteriezellenfertigung, Batterie-/Fahrzeugrecycling) möglich machen.

Die Stadt Emden steht in dieser Phase allen beteiligten Akteuren als konstruktiver und verlässlicher Partner zur Seite. Wir in Niedersachsen und gerade an der Küste sind sturmfest, auch in schwierigen Zeiten.

Ergebnis: einstimmig

Herr Strelow betont, dass der Rat der Stadt Emden damit ein Signal der Geschlossenheit sende, das für die Beschäftigungssicherung von Bedeutung sei. Er wünscht Frau Helmerichs und Herrn Wulff viel Erfolg und dankt ihnen für ihre Zeit und Mühe, die sie investierten, um die Anwesenden zu informieren.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Sicherstellung des Eigenanteils für die Sanierung und Erstellung eines Ersatzneubaus der Nordseehalle Emden
Vorlage: 18/1361

Frau Krantz erklärt, dass der Antrag erneut vorgelegt werden müsse, da der Fördermittelgeber bei jeder Änderung des Zahlenwerks einen neuen Ratsbeschluss fordere. Ein Koordinierungsgespräch habe ergeben, dass einige Maßnahmen zusätzlich förderfähig seien, andere jedoch nicht, was eine neue Verteilung der Mittel über die Jahre nötig mache. Man befinde sich noch in der Konzeptionsphase und werde vermutlich noch mehrfach Beschlüsse vorlegen müssen, bis das Projekt endgültig feststehe. Dies werde sich bis ins nächste Jahr ziehen.

Herr Strelow bedankt sich für die Ausführung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Held stellt fest, dass dies bereits der dritte Grundsatzbeschluss in zwölf Monaten sei und man bisher immer einstimmig beschlossen habe. Die CDU-Fraktion wolle sicherstellen, dass das Nutzungskonzept klar sei, bevor die Finanzierung abschließend entschieden werde. Konkret möchte er wissen, wann politisch der "Point of no Return" erreicht sei.

Frau Krantz antwortet, dass dieser Punkt erreicht werde, sobald die Vergabeentscheidungen für die Ausschreibung getroffen werden müssten, voraussichtlich Anfang bis Mitte 2026. Natürlich würde man auch jetzt Kosten auslösen, da man bereits begonnen habe, eine europaweite Ausschreibung für Planerleistungen vorzubereiten. Ein Nutzungskonzept solle Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens im dritten Quartal 2025 könnten die Planer mit ihrer Arbeit beginnen. Der endgültige Punkt, an dem man nicht mehr zurücktreten könne, werde erreicht sein, wenn die ersten Ausschreibungen für Gründungsmaßnahmen und den Rohbau erfolgten, da zu dem Zeitpunkt die tatsächlichen Kosten feststehen würden.

Herr Hemken fragt, ob die Förderrichtlinien genügend Spielraum lassen würden, um die Halle nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, oder ob man bereits an bestimmte Vorgaben gebunden sei.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Frau Krantz erläutert, dass im Bereich der Nutzung Spielraum bestehe, solange man sich an den Förderantrag halte. Strikte Vorgaben gebe es jedoch in Bezug auf die energetische Sanierung, etwa den KfW-Standard und den Einsatz erneuerbarer Energien. Auch eine barrierefreie Gestaltung und Nachhaltigkeitskriterien seien verpflichtend. Ihrer Ansicht nach sei dies im Rahmen eines zukunftsfähigen Bauens jedoch ohnehin zu begrüßen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Beantragung und Durchführung der Sanierung sowie der Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils zur Umsetzung des Fördervorhabens "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur - Projektauftrag 2023" zu.
2. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Übertragung der Nordseehalle in das Anlagevermögen des Gebäudemanagements zu.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Bestellung eines Ortsbrandmeisters für die Ortsfeuerwehr Uphusen-Marienwehr
Vorlage: 18/1360

Beschluss: Der Feuerwehrmann Stefan Szymanski ist zum 13.10.2024 für die Dauer von sechs Jahren bis zum 12.10.2030 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Uphusen-Marienwehr zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Besetzung des Seniorenbeirates der Stadt Emden
Vorlage: 18/0036/2

Ergebnis: Vertagt

TOP 9 Besetzung des Beirates des Jobcenters Emden
Vorlage: 18/0037/1

Herr Strelow bedankt sich im Namen des Rates ausdrücklich bei Horst Götze für dessen langjähriges Engagement im Jobcenter.

Beschluss: In den Beirat des Jobcenters Emden wird die nachfolgend aufgeführte Vertreterin des Rates der Stadt Emden entsandt:

SPD-Fraktion: **Gertrud Rehling**

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 8 NKomVG
Vorlage: 18/1306

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Annahme der in der Begründung der Vorlage 18/1306 aufgeführten Spende.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Aufstockung der Geschäftsanteile an der Ostfriesland Tourismus GmbH und damit Erhöhung des Stammkapitals
Vorlage: 18/1250

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt einer Aufstockung der Geschäftsanteile an der Ostfriesland Tourismus GmbH um 1.000 Euro und damit der Erhöhung des Stammkapitals auf 7.000 Euro zu. Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung werden zudem ermächtigt, dieser Aufstockung und der sich hierdurch ergebenden Änderung des Stimmrechtes sowie kleinerer redaktioneller Änderungen im Gesellschaftervertrag zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 12 Beschluss über einen Aufnahmeantrag zur Begründung einer Mitgliedschaft im Bereich Trinkwasser im Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband (OOWV)
Vorlage: 18/1134

Beschluss: Die Stadt Emden beantragt ihre Mitgliedschaft im OOWV und erteilt ihr Einvernehmen zur Übertragung der Aufgabe der Trinkwasserversorgung auf den OOWV in dem Emdener Stadtgebiet gemäß Anlage 1 der Vorlage 18/1134. Dem Begleitvertrag zur Mitgliedschaft für den Bereich Trinkwasser (Anlage 2 der Vorlage 18/1134) wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Einführung einer Übernachtungssteuer zum 01.01.2025
Vorlage: 18/1317/1

Herr Jahnke äußert, dass bereits viele Diskussionen über das Thema Übernachtungssteuer geführt worden seien. Er betont, dass dieser Tagesordnungspunkt eng mit dem nächsten zusammenhänge, da die Steuer ein Teil eines Maßnahmenpakets sei, das zur Verbesserung des Ergebnishaushalts beitragen solle. Aufgrund der angespannten Haushaltslage habe man im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen unter der Leitung von Bernd Renken, dem er ausdrücklich dankt, Maßnahmen erarbeitet, um die Haushaltslage zu verbessern. So sei es gelungen, ein Paket von über 5 Mio. € zusammenzustellen, um die schwierige Situation etwas abzumildern.

Er zeigt Verständnis für die Bedenken der Hoteliers, verweist aber darauf, dass der administrative Aufwand überschaubar sei und man seitens der Stadt Unterstützung anbieten werde. Bedauerlich sei, dass es keine einstimmige Zustimmung zu der Maßnahme gebe, was in einer Demokratie jedoch normal sei. Die Übernachtungssteuer werde vom Gast und nicht vom Hotel gezahlt, was er besonders betont.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Herr Jahnke verweist zudem auf die zahlreichen Investitionen der Stadt in den Tourismus, darunter die Innenstadtanierung, das neue Festspielhaus, das Landesmuseum und die Kunsthalle. Diese Maßnahmen kämen sowohl der Bevölkerung als auch dem Tourismus zugute und förderten letztlich die Beherbergungsstätten. Abschließend wirbt er für eine breite Zustimmung zur Übernachtungssteuer sowie den weiteren Maßnahmen im nächsten Tagesordnungspunkt, um die Haushaltslage zu verbessern.

Herr Falbe kritisiert, dass Maßnahmen wie die vorgeschlagene Übernachtungssteuer die ohnehin angespannte Situation vieler Unternehmen, ähnlich wie bei VW, weiter verschärfen. Dadurch würden Investitionen ausbleiben, Projekte verschoben und letztlich Abwanderung oder Insolvenz drohen. Die Übernachtungssteuer würde nicht zum Ziel führen und dem Hotelgewerbe erheblich schaden, da Gäste sich in Nachbargemeinden einquartieren oder illegale Vermietungen gefördert würden. Er appelliert an die Ratsmitglieder der SPD-Fraktion, BSW-Fraktion, GfE-Fraktion und der Gruppe GRÜNE feat. Urmel, ihre Haltung zu überdenken und die Perspektive der Betroffenen einzunehmen. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag entschieden ab.

Herr Bolinius verweist darauf, dass die Übernachtungssteuer bereits mehrfach diskutiert wurde und erinnert an eine frühere Stellungnahme der Verwaltung aus dem Juni 2022, in der betont worden sei, dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Emden sei und die Stadt bereits von den indirekten Einnahmen profitiere. Die Wirtschaftsförderung habe die Steuer als ungeeignet für eine nachhaltige Finanzierung touristischer Aufgaben eingeschätzt. Aufgrund der steigenden Kosten für Lebensmittel, Energie und Personal sowie der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung sei das Hotel- und Gaststättengewerbe bereits stark belastet. Die FDP-Fraktion sehe die Steuer als zusätzliche Bürde für die Hoteliers und unterstütze die ablehnende Haltung des DEHOGA. Abschließend kritisiert er die Argumentation der SPD-Fraktion, dass die Steuer keinen Emder Bürger betreffe, und bekräftigt, dass die Steuer sehr wohl Auswirkungen auf die lokale Hotellerie und damit auf Emder Bürger habe. Die FDP-Fraktion lehne die Übernachtungssteuer ab.

Herr Kruthoff betont zunächst den Wert der Konsenspolitik, die in der Kommunalpolitik häufig zu großen Mehrheiten führe und der auch die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung der Stadt Emden präge. Dennoch gehöre es zur Demokratie, auch über unterschiedliche Wege zu streiten. Als Leiter der Verwaltung sehe er sich in einer schwierigen Position, da die Vorlage zur Übernachtungssteuer zwar zunächst von der SPD-Fraktion und der Gruppe Grüne feat. Urmel gefordert worden sei, aber nach der Vertagung des Originalantrages wieder von seiner Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, obwohl sie nicht seiner Überzeugung entspreche. Er lobt die Verwaltung für die sorgfältige Erarbeitung und die auf seine Vermittlung nochmals aufgenommene Kommunikation mit der Hotellerie und dem DEHOGA, so dass wenigstens die Bürokratie der Steuererhebung nicht ausufere.

Dennoch stehe er der Übernachtungssteuer kritisch gegenüber. In den letzten fünf Jahren sei Kern der Politik von Rat und Verwaltung gewesen, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Emden zu erhöhen, sowohl für Einheimische als auch für Gäste. Eine Übernachtungssteuer würde seiner Meinung nach nicht auf die Ziele der Stadt einzahlen und nicht zur Förderung der Attraktivität beitragen. Dies insbesondere in einer Zeit der Wirtschaftskrise und Unsicherheit, die zu höheren Arbeitslosenzahlen und geringerer Kaufkraft führen würde. Die Hotellerie habe bereits ein schwieriges Jahr hinter sich, und zusätzliche Bürokratie durch eine solche Steuer würde die Lage weiter erschweren. Die Einführung sei nicht nur falsch, sondern Sie käme auch zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Er sei der Meinung, dass die Verantwortung für die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen bei Bund und Land liege und dass es nicht die Aufgabe der Kommunen sein sollte, neue Steuern zu erfinden, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Zudem ist er der Überzeugung, dass das Wirtschaftswachstum wieder angekurbelt werden müsse, besonders in der mittelständisch

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

geprägten Stadt Emden, und dass Maßnahmen wie die Übernachtungssteuer eine weitere Demotivation für die Unternehmen des Mittelstandes darstellen würden.

Abschließend führt Herr Kruithoff aus, dass er sich selbstverständlich der demokratischen Mehrheitsentscheidung des Rates anschließe. Er lehne den Vorschlag aber ab, da dieser nicht mit seiner Überzeugung übereinstimme und werde gegen die Vorlage stimmen.

Frau Winter kritisiert die Haltung des Oberbürgermeisters bezüglich der Übernachtungssteuer. Sie äußert Unverständnis darüber, dass der Oberbürgermeister gegen eine Vorlage stimmen wolle, die von seiner eigenen Verwaltung ausgearbeitet worden sei, und sehe darin einen Widerspruch zu seiner Rolle. Diese Haltung stelle die Arbeit des Fachdienstes Finanzen, insbesondere die von Herrn Jahnke und seinem Team, infrage und wirke wie ein Rückzug des Oberbürgermeisters in einer wichtigen Angelegenheit. Sie kritisiert das Fehlen von Ideen zur Erhöhung der Einnahmen oder möglichen Einsparungen, die nicht die Bürgerinnen und Bürger belasten würden. Stattdessen sehe die SPD-Fraktion eine wachsende Verwaltung und eine mangelnde Bereitschaft, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Frau Winter sehe die Übernachtungssteuer als ein faires und notwendiges Instrument, um zusätzliche Einnahmen zu generieren, ohne die Bürgerinnen und Bürger der Stadt direkt zu belasten. Ihrer Ansicht nach sei der Verwaltungsaufwand für die Hoteliers zumutbar, da viele der Daten ohnehin erfasst werden müssen. Auch soziale Aspekte, wie eine familienfreundliche Regelung, seien berücksichtigt. Sie argumentiert, dass der Betrag von durchschnittlich 2,80 € pro Übernachtung vertretbar sei und keinen touristischen Rückgang verursachen werde. Sie betont, dass Emden in den letzten Jahren stark in die Innenstadt und den Tourismus investiert habe. Nun widerspreche der Oberbürgermeister dieser Entwicklung durch seine ablehnende Haltung zur Übernachtungssteuer. Diese Steuer könne einen wichtigen Beitrag zu den städtischen Finanzen leisten, und die SPD-Fraktion fordere den Oberbürgermeister auf, Verantwortung zu übernehmen und die Arbeit seiner Mitarbeitenden zu respektieren.

Abschließend erklärt sie, dass die SPD-Fraktion die Übernachtungssteuer als sinnvoll ansehe und der Vorlage zustimmen werde.

Herr Renken erläutert, dass die Gruppe GRÜNE feat. Urmel den Antrag der SPD-Fraktion aus 2022, die Übernachtungssteuer einzuführen, von Beginn an unterstützt habe, und erinnert daran, dass sie einen ähnlichen Antrag vorbereitet hätten, diesen jedoch nicht zusätzlich eingereicht hatte, da die Zielrichtung beider Fraktionen gleich war. Er dankt Frau Winter für ihre Aufbereitung der Argumente.

Daraufhin geht er auf die Geschichte der sogenannten Mövenpick-Steuer ein, die 2009 eingeführt worden sei, als die schwarz-gelbe Bundesregierung den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent senkte. Diese Steuersenkung begünstigte laut Herrn Renken einen einzelnen Wirtschaftszweig und brachte der FDP den Vorwurf ein, sie habe diese Maßnahme aufgrund einer Großspende des Mövenpick-Hoteleigentümers eingeführt. Als Folge dieser Steuersenkung hätten die Kommunen weniger Einnahmen erhalten, was wiederum die Einführung der Bettensteuer in vielen Städten notwendig gemacht habe.

Er betont, dass das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der Bettensteuer bestätigt habe und dass viele Städte in Deutschland diese bereits eingeführt haben. Er nennt Beispiele wie Hannover, Leer, Bleckede und betont, dass weitere Städte wie Hildesheim folgen werden. Die Diskussion über die Beherbergungssteuer werde jetzt seiner Ansicht nach in den meisten Kommunen vor einem pragmatischen Hintergrund der Haushaltsdefizite geführt und nicht ideologisch.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Zum Abschluss zitiert er den CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Leer, der ebenfalls die Übernachtungssteuer befürworte, sowie den Vorsitzenden der FDP/LWG aus Leer, der die Steuer als legitimes Mittel ansehe, um die Einnahmen zu erhöhen. Herr Renken schließt sich dieser Meinung an und unterstützt die Einführung der Übernachtungssteuer in Emden.

Herr Nützel beginnt mit einer Kritik gegenüber der FDP-Fraktion und CDU-Fraktion, und fasst deren Argumente so zusammen, dass sie den Eindruck vermitteln, die Steuer schade "allen". Er erinnert daran, dass die Diskussion über die Übernachtungssteuer im Kontext des desolaten Haushalts der Stadt steht, und dass Emden ohne diese finanzielle Lage möglicherweise andere Möglichkeiten hätte. Er plädiert dafür, ein Signal in Richtung Hannover zu senden, dass auch auf kommunaler Ebene Anstrengungen unternommen werden. Weiter hinterfragt er, warum von den Gegnern der Steuer, keine kreativen Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Lage kämen. Er betont, dass er in seiner eigenen Erfahrung als Reisender festgestellt habe, dass die Übernachtungssteuer in vielen Städten keine abschreckende Wirkung auf Touristen habe. Menschen würden in der Regel dort buchen, wo ihre Veranstaltungen stattfinden, und der Betrag für die Steuer sei in der Regel gering.

Er schließt mit der Betonung, dass es wichtiger sei, in Emden eine lebendige Innenstadt mit attraktiven Veranstaltungen zu schaffen, die Menschen anziehe, als die Übernachtungssteuer abzulehnen. Die Gruppe GRÜNE feat. Urmel werde dieser also ebenfalls zustimmen.

Herr Verlee kritisiert die Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Einführung der Übernachtungssteuer gemacht wurden, insbesondere die Anschuldigungen der Gruppe GRÜNE feat. Urmel. Er lehnt es ab, dass der CDU aufgrund ihrer Haltung zur Übernachtungssteuer unterstellt werde, sie könnte später finanzielle Zuwendungen erhalten. Dies empfinde er als unangemessen. Zudem betont er, dass der Beschluss zur Übernachtungssteuer ein Ergebnis eines langen Prozesses gewesen sei, der im Rat diskutiert und nicht nur von der Verwaltung initiiert worden sei. Es sei unangebracht, dem Oberbürgermeister vorzuwerfen, er müsse automatisch der Vorlage zustimmen.

Herr Held zeigt sich überrascht über die Diskussion und äußert, dass viele Themen vermischt würden, die nicht in diese Diskussion gehörten. Er betont, dass alle im Raum Politik für die Menschen der Stadt machen wollen und deswegen hier ihre Zeit investieren. Dabei verweist er auf die Eigenständigkeit des Oberbürgermeisters und spricht an, dass die SPD möglicherweise nach fünf Jahren immer noch Schwierigkeiten habe, sich an einen Oberbürgermeister zu gewöhnen, der einen eigenen Kopf habe. Er kritisiert, dass Vergleiche mit anderen Städten wie Leer nicht zutreffen, da jede Stadt individuell sei. Emden habe eigene Herausforderungen, insbesondere im Tourismus und Geschäftsbereich. Er schließt mit der Feststellung, dass der Zeitpunkt für die Einführung der Übernachtungssteuer heute genauso falsch sei wie vor drei Jahren.

Herr Eichhorn stimmt den Vorrednern in Bezug auf die Eigenständigkeit des Oberbürgermeisters zu und verteidigt dessen Recht, seine Stimme so zu nutzen, wie er es für richtig halte. Zum Thema Übernachtungssteuer erklärt er, dass unpopuläre Entscheidungen notwendig seien, um die finanzielle Lage der Stadt zu stabilisieren. Der Haushalt sei in einer schlechten Verfassung, und Emden werde seiner Ansicht nach in den nächsten zwei Jahren unter kommunale Aufsicht gestellt. Er betont, dass die Übernachtungssteuer eine Möglichkeit sei, Einnahmen zu generieren, ohne die eigenen Bürger direkt zu belasten. Er lobt die Darstellung von Herrn Renken über die Mövenpick-Steuer und verweist auf die Notwendigkeit, schwierige Entscheidungen zu treffen, um Einschnitte bei wichtigen Bereichen wie Jugendzentren zu vermeiden. Abschließend spricht er sich klar für die Einführung der Übernachtungssteuer aus.

Herr Hemken richtet sich an Herrn Held und stellt klar, dass es nicht darum gehe, den Oberbürgermeister persönlich anzugreifen, sondern um den ungewöhnlichen Vorgang, dass der

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Oberbürgermeister den Kämmerer in seiner Entscheidung überrascht habe. Bis vor kurzem habe der Kämmerer nicht gewusst, wie der Oberbürgermeister entscheiden würde. Zudem verlangt Herr Hemken, dass die Fraktionen, die gegen die Einführung der Übernachtungssteuer stimmen würden, konstruktive Vorschläge einbringen sollten, um die fehlenden Einnahmen von 1. Mio. € zu kompensieren. Er kritisiert Herrn Bolinius dafür, dass er immer nur fragen würde, wie andere Fraktionen entscheiden, aber selbst keine konstruktiven Vorschläge zur Sanierung des Haushalts einbringe. Insbesondere bemängelt er, dass keine Lösungen kämen, wie das Haushaltsdefizit von 30 Mio. € gedeckt werden solle. Stattdessen äußere sich Herr Bolinius nur ablehnend. Weiter unterstreicht er, dass es nicht um die unterschiedlichen Meinungen gehe, sondern um das Fehlen konkreter Alternativen.

Herr Bolinius verteidigt sich gegen die Vorwürfe und weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion in den noch bevorstehenden Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen Vorschläge einbringen wolle. Er kritisiert den Beitrag von Frau Winter als unfair und empfinde den Vorwurf der Mövenpick-Steuer als unangebracht, da kommunale Politik keinen Einfluss auf Bundesentscheidungen haben würde.

Herr Kruithoff führt aus, dass er nie eine andere als eine ablehnende Haltung zur Übernachtungssteuer gehabt habe. Er stellt klar, dass die Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand sehr gut sei, und dass dies auch in Bezug auf Herrn Jahnke gelte. Die Verwaltung habe auf Basis eines Antrags der SPD-Fraktion gehandelt, und der Kämmerer hätte die Satzung mit dem Fachdienst erarbeitet. Damit sei es für ihn inhaltlich keine Verwaltungsvorlage. Er macht deutlich, dass er von 75,4 % der Wählerinnen und Wähler aus ganz Emden gewählt worden sei und er seine Stimme im Rat stets im Sinne seiner Überzeugungen zu nutzen gedenke.

Herr Jahnke betont, dass er sich keineswegs düpiert fühle. Er sei zufrieden mit der Arbeit seines Teams und dem heutigen Verlauf der Sitzung. Die Vorlage sei klar und umfassend, und er begrüße die breite Mehrheit, die für die Übernachtungssteuer zustande gekommen sei. Abschließend weist er darauf hin, dass in Zukunft sicherlich noch weitere unpopuläre Maßnahmen nötig sein würden, um die finanzielle Lage der Stadt zu verbessern.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/1317/1 als Anlage beigefügte Satzung für eine Übernachtungssteuer mit Wirkung zum 01.01.2025.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

| | | |
|----------------|------------------|-----------------|
| Ja-Stimmen: 22 | Nein-Stimmen: 10 | Enthaltungen: 0 |
|----------------|------------------|-----------------|

TOP 14 Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 18/1316

Herr Renken äußert, dass er lediglich zu den 600 Tsd. € des Erneuerbare-Energien-Gesetzes noch einmal Stellung nehmen wolle. Diese Einnahmen seien nicht dafür gedacht, defizitäre Haushalte zu entlasten, sondern um Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stadt zu fördern. Die Mittel sollten für Maßnahmen verwendet werden, die einen zusätzlichen Nutzen schaffen, wie zum Beispiel ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung. Es sei wichtig, dass diese Mittel mit konkreten Maßnahmen hinterlegt würden, und der gesamte Rat solle an der Entwicklung dieser Vorschläge beteiligt werden. In den Haushaltsberatungen solle festgelegt werden, welche Projekte gefördert würden. Er erinnert an das 35-jährige Jubiläum des Ökowerks, bei dem der Oberbürgermeister bereits gesagt habe, dass Projekte für das Ökowerk aus diesem Topf finanziert werden könnten.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Herr Strelow entgegnet, dass man sich darüber einig sein sollte, dass keine neuen Projekte mit den Einnahmen gefördert werden könnten. Man spreche über Haushaltskonsolidierung und die Finanzierung laufender Projekte. Es sei nicht besprochen worden, neue Projekte aus diesem Topf zu finanzieren.

Herr Renken stellt klar, dass er nicht nur von zusätzlichen Maßnahmen gesprochen habe, sondern auch von der Sicherung freiwilliger Ausgaben. Pflichtaufgaben würden nicht daraus finanziert. Es gehe um sinnvolle Projekte, die ansonsten nicht durchgeführt werden könnten, wie zum Beispiel ein Förderprogramm für Fassaden- und Dachbegrünung, das die Verwaltung bereits unterstütze.

Herr Verlee erklärt, dass die CDU-Fraktion diese Punkte voll unterstütze, jedoch auch weitere Maßnahmen und Ideen in den kommenden Wochen einbringen wolle. Da es sich um einen Doppelhaushalt handele, wolle er prüfen, ob seine Ideen mehrheitsfähig seien, und dies noch einmal kundtun.

Herr Strelow weist abschließend darauf hin, dass der letzte Punkt der Vorlage, der die ca. 1 Mio. € Mehreinnahmen durch die Einführung einer Übernachtungssteuer betreffe, hieraus gestrichen werde.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Umsetzung der in der Begründung der Vorlage 18/1316 aufgeführten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 18/1329

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage 18/1329 näher beschriebenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024 für den Kernhaushalt der Stadt Emden zu. Darüber hinaus wird für den Wirtschaftsplan des Betriebes Kulturevents Emden die Auszahlungsermächtigung für die Fertigstellung des Festspielhauses am Wall um den u. g. Investitionskostenzuschuss der Stadt Emden erhöht.

| | | |
|------|--|-----------------------|
| I. | Investitionskostenzuschuss an Kulturevents Emden | 1.031.600 Euro |
| II. | Grundstücksankäufe (Fachdienst Liegenschaften) | 396.700 Euro |
| III. | Krankenhausumlage (Allgemeine Finanzwirtschaft) | 68.200 Euro |

I. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von insgesamt 1.250.000,00 Euro erfolgt i. H. v. 218.400 Euro durch Kulturevents Emden und i. H. v. 1.031.600 Euro über die Investitionsmaßnahme 6514.22.01 Neubau KiTa 2023. Durch die Verschiebung der Investitionsmaßname Neubau KiTa ins Jahr 2025, können diese Mittel zur Deckung der

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

überplanmäßigen Auszahlung für das Festspielhaus am Wall verwendet werden. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2025/2026 erfolgt eine Neuveranschlagung der Mittel für die Investitionsmaßnahme 6514.22.01.

- II. Die Deckung erfolgt über die Investitionsmaßnahme 3230.15.01 Entwicklung Conrebbersweg. Da nicht alle vorhandenen Mittel in 2024 benötigt werden, sondern zum Teil erst in 2025 ff., können diese Mittel zur Deckung der überplanmäßigen Auszahlungen verwendet werden. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2025/2026 erfolgt eine Neuveranschlagung der Mittel für die Investitionsmaßnahme 3230.15.01.
- III. Die Deckung erfolgt über die Investitionsmaßnahme 9900.17.02 Eigenkapitalausstattung HSK. Hier sind Haushaltsreste vorhanden, die zur Deckung der überplanmäßigen Auszahlung verwendet werden können.

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2023 und 2024
Vorlage: 18/1328

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt der in der Begründung zur Vorlage 18/1328 näher beschriebenen überplanmäßigen Auszahlungen für das **Haushaltsjahr 2023** für den Wirtschaftsplan des Betriebes Kulturevents Emden zu:

Förderung Touristische Infrastruktur **83.400 Euro**
Baumaßnahme „Festspielhaus am Wall“

Der Rat der Stadt Emden stimmt der in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen überplanmäßigen Auszahlungen für das **Haushaltsjahr 2024** für den Wirtschaftsplan des Betriebes Kulturevents Emden zu:

Förderung Touristische Infrastruktur **135.000 Euro**
Baumaßnahme „Festspielhaus am Wall“

Förderung Touristische Infrastruktur **1.031.600 Euro**
Baumaßnahme „Festspielhaus am Wall“

Deckungsvorschlag:

Die Deckung für die überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2023 erfolgt aus Überschüssen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Die Deckung für die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 135.000 Euro im Haushaltsjahr 2024 erfolgt aus einer Betriebskostennachzahlung des Gebäudemanagement Emden für 2023, die in 2024 ausgezahlt wird.

Die restliche zusätzliche Ausgabeermächtigung i. H. v. 1.031.600 Euro stellt die Stadt Emden in Form eines Investitionskostenzuschuss an Kulturevents Emden zur Verfügung. Die zusätzliche Ausgabe wird durch diese Einnahmeposition gedeckt.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Ergebnis: einstimmig

TOP 17 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2023
Vorlage: 18/1322

Die vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffenen Ratsmitglieder nehmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss: Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 18 Weiterentwicklung der Verkehrsregion Ems-Jade GbR (VEJ) zu einem Verkehrs- und Mobilitätsverbund durch Umwandlung und Gründung der Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)
Vorlage: 18/1323

Beschluss:

1. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 11 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages), (Anlage 1 der Vorlage 18/1323).
2. Unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat, stimmt der Rat dem Antrag zu.
3. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 2 des Gesellschaftsvertrages) (Anlage 2 der Vorlage 18/1323) unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat und diesem die Gesellschafter zugestimmt haben.
4. Zustimmung zur Eintragung der VEJ GbR in das Handelsregister.
5. Der Rat ermächtigt die Vertreter in einer Gesellschafterversammlung der VEJ GbR die Geschäftsführung der VEJ GbR zu ermächtigen, einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin für die neue GVEJ auszuwählen und diesen, durch die Gesellschafterversammlung bestellen zu lassen.
6. Zustimmung zur Umwandlung der VEJ GbR in eine GmbH auf Grundlage eines noch von den Gesellschaftern der VEJ GbR zu fassenden Formwechselbeschlusses mit Wirkung zum 01.01.2025 zu (Anlage 3 der Vorlage 18/1323), vermöge dessen die Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4 der Vorlage 18/1323) wirksam wird.

Insbesondere ermächtigt der Rat die Verwaltung zu den folgenden Erklärungen:

- a) Verzicht auf die Erstattung eines Umwandlungsberichts gem. 192 UmwG
- b) Verzicht auf ein Abfindungsangebot gem. § 207 UmwG
- c) Verzicht auf Erhebung einer Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklage gegen den Formwechselbeschluss gem. § 16 Abs. 2 S. 2 UmwG
- d) Zustimmung zum Formwechselbeschluss

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Die Verwaltung wird zudem ermächtigt, allen notwendigen steuerrechtlichen, rechtlichen und redaktionellen Änderungen am Entwurf des notariellen Formwechselbeschlusses (Anlage 3) sowie der Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4 der Vorlage 18/1323) zuzustimmen.

7. Der Rat beschließt, neben Herrn Oberbürgermeister Tim Kruithoff als weiteren Vertreter Herrn Ole Falbe sowie als Stellvertreterin von Herrn Oberbürgermeister Kruithoff Frau Stadtbaurätin Irina Krantz in die Gesellschafterversammlung der GVEJ zu entsenden.
8. Informatorische Kenntnisnahme des vorläufigen Wirtschaftsplans der GVEJ für das Jahr 2025 (Anlage 5 der Vorlage 18/1323).

Ergebnis: einstimmig

TOP 19 Sanierungsgebiet „Port Arthur Transvaal / Südliche Ringstraße“ - Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht
Vorlage: 18/1304

Beschluss: Die Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Sanierungsgebiet in Port Arthur Transvaal / Südliche Ringstraße wird fortgeschrieben (siehe Anlage 1 der Vorlage 18/1304). Die Fortschreibung steht unter dem Vorbehalt der Anerkennung durch den Fördermittelgeber.

Ergebnis: einstimmig

TOP 20 Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 35 „Mehrfamilienhaus Abdenastraße“;
2. Nachtrag zum Durchführungsvertrag gem. § 12 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 18/1173/1

Beschluss: Dem Abschluss des Nachtrags zum Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 BauGB vom 23.02.2021/15.06.2021 zwischen der Stadt Emden und der Alberding & Hamann GmbH & Co. KG (vgl. Anlage 1) wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 21 Rahmenkonzept zur Gestaltung des Ganztags
Vorlage: 18/1299

Herr Busch dankt im Namen seiner Fraktion für den durchgeführten Prozess und betont, dass alle Beteiligten, inklusive der Politik, gehört worden seien. Zwar habe die Politik ursprünglich nicht an den Workshops teilnehmen sollen, sei aber letztlich doch eingeladen worden, auch wenn sie sich nicht aktiv zu Wort melden konnte, was seiner Ansicht nach jedoch in Ordnung gewesen sei. Er hebt hervor, dass zusätzliche Kräfte aus der Stadt, wie die Feuerwehr, an der Gestaltung des Nachmittagsunterrichtes beteiligt seien, und lobt das Lehrerkollegium für seine Arbeit über den regulären Unterricht hinaus. Außerdem sei es seiner Fraktion wichtig, dass die Förderschule, trotz ihres Alters und ihrer langjährigen Rolle als Ganztagschule, im Gesamtkonzept weiterhin berücksichtigt und respektiert werde.

Herr Held schließt sich dem Dank an und äußert, dass der Beschluss über den Ganztags etwas Gutes sei. Er merkt an, dass durch den Ganztags mehr Aufgaben, die früher im Elternhaus stattgefunden hätten, nun in die Schule verlagert würden, was eine wichtige und herausfordernde

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Aufgabe sei. Das verabschiedete Konzept ermögliche es den Schulen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Arbeit sei jedoch noch lange nicht beendet, sondern beginne gerade erst. Er hebt die Bedeutung des Konzepts für die Attraktivität der Stadt hervor und betont die Erwartungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in diesem Zusammenhang. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit im Schulausschuss.

Frau Kruse schließt sich dem Dank ebenfalls an und lobt die Zusammenarbeit im Schulausschuss. Dem Wortbeitrag von Herrn Busch könne sie sich jedoch nicht vollständig anschließen. Sie stellt klar, dass die Beteiligung der Politik an den Workshops auf die Initiative der SPD-Fraktion zurückgehe. Zwar hätten die Ratsmitglieder kein Stimmrecht gehabt, jedoch konnten sie Anregungen einbringen, die auch gehört worden seien.

Beschluss: Das als Anlage 1 der Vorlage 18/1299 beigefügt Rahmenkonzept zur Gestaltung des Ganztags wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 22 Plattdüütsk Dag;
- Andrag van de CDU-Fraktion van d' 26.02.2024
Vorlage: 18/1336

Herr Verlee freit sük daarover, dat over disse Thema proot word. He seggt, dat he mit disse Andrag vörslaan wull, een Plattdüütsk-Dag netso as in Hambörg to organiseren, waar een vöölklörig Programm anbeden worden is. Wenn dat ok so maakt word, wurr he dat begröten.

Froo Heike Dirksen un **Froo Hannelore Spannhoff** stellen „Plattdüütsk in Emden“ anhand van een PowerPoint-Präsentation vör; de is in 't Börgerinfoportal unner <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> antokieken.

Herr Strelow bedankt sük för de Vörstellen un fraggt, of een of anner daar wat so seggen will.

Herr Bolinius vertellt, dat he vör hento 40 Jahr een Andrag in de Raad stellt hett, daar Plattdüütsk to proten. Man dat is oflehnt worden, wiel de Protokollführung de Spraak neet kann. He freit sük over dit Programm un seggt, dat de Spraak in 't Geheel fördert worden mutt.

Frau Winter bedankt sük bi Froo Dirksen un Froo Spannhoff för de Präsentation un seggt, dat se verwunnert is, wo vööl al in disse Spraak in de Stadt anbüddt word. Se freit sük daarover.

Herr Hegewald seggt ok, dat he sük wunnert hett, wo vööl Plattdüütsk dat al in Emden geven deit. He sücht daarin een Besünnerheit, waar man mehr up achten mutt. He sett sük daarför in, de Spraak mehr to fördern, villicht ok in d' Raad.

Herr Verlee hett de glieke Menen He seggt, dat dat nödig is, dit Konzept wiedertoföhren un raadt an, sük de Plattdüütsk-Dag in Hambörg antokieken, um för Emden neei Ideen to entwickeln.

Herr Nützel gifft to, Plattdüütsk to verstahn, man sük neet traut, Platt to proten, ok mit vööl Övens mit de mooi Plattino-App, de vörstellt worden is. Doch denkt he, dat de Spraak vööl weert un kulturell bedüendend is. He bedankt sük för de Vörstellen van dat Programm.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Frau Dirksen bedankt sük un freit sük over dat Interesse an de plattdütske Spraak. Se wiest daarup hen, dat mehr Materiaal to Verfügung steiht, wenn dat bruukt word.

Frau Kruse seggt, dat ok de Lüü, de keen Plattdütsk proten, dat meestied all verstahn könen. Se seggt, dat dat wichtig is, Traditionen to bewahren, un vertellt van Schölers ut de Plattdütsklass van d` Grundschool Constantia, de bi dat Internationale Fest uptreden sünd un hör besünners imponeert hebben.

Anmerkung der Protokollführung Übersetzung auf Hochdeutsch:

Herr Verlee zeigt sich erfreut, dass über das Thema gesprochen werde. Er erklärt, dass seine ursprüngliche Absicht bei diesem Antrag gewesen sei, einen Plattdeutsch-Tag ähnlich wie in Hamburg zu organisieren, wo ein vielfältiges Programm angeboten werde. Sollte dies ebenso realisiert werden, würde er es begrüßen.

Frau Heike Dirksen und **Frau Hannelore Spannhoff** stellen „Plattdütsk in Emden“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Herr Strelow bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius berichtet, dass er vor etwa 40 Jahren einen Antrag gestellt habe, im Rat plattddeutsch zu sprechen. Dieser sei jedoch abgelehnt worden, da die Protokollführung die Sprache nicht beherrschte. Er begrüßt dieses Programm und betont, dass die Sprache insgesamt gefördert werden müsse.

Frau Winter bedankt sich bei Frau Dirksen und Frau Spannhoff für die Aufbereitung und Vorstellung und zeigt sich überrascht, wie viel in dieser Sprache in der Stadt bereits angeboten werde. Sie äußert ihre Freude über das bestehende Programm.

Herr Hegewald erklärt ebenfalls, dass er überrascht sei, wie viel in Emden auf Plattdeutsch angeboten werde. Er sehe darin ein Alleinstellungsmerkmal, das zu wenig beachtet werde, und plädiert dafür, die Sprache offensiver zu fördern, möglicherweise auch im Rat.

Herr Verlee schließt sich seinen Vorrednern an. Er spricht sich dafür aus, das bestehende Konzept fortzuführen, und empfiehlt, sich den Plattdeutsch-Tag in Hamburg anzusehen, um daraus Anregungen für Emden zu gewinnen.

Herr Nützel gibt zu, Plattdeutsch zu verstehen, sich aber nicht zuzutrauen, es zu sprechen, trotz der vielen Übung mit der vorgestellten, hervorragenden Plattino-App. Dennoch hält er die Sprache für wertvoll und kulturell bedeutsam und bedankt sich für die Vorstellung des Programms.

Frau Dirksen bedankt sich und freut sich über das gezeigte Interesse an der plattddeutschen Sprache. Sie weist darauf hin, dass bei Bedarf zusätzliche Materialien zur Verfügung stehen würden.

Frau Kruse erklärt, dass auch diejenigen, die kein Plattdeutsch sprechen würden, es oft größtenteils verstehen könnten. Sie hebt hervor, dass es schön sei, Traditionen zu wahren und berichtet von Schülerinnen und Schülern der Plattdeutsch-Klasse der Grundschule Constantia, die beim Internationalen Fest aufgetreten seien und sie sehr beeindruckt hätten.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 23 Erhöhung der Zuschüsse für die Emdener Matjesstages und das Delft- und Hafenfest;
- Gemeinsamer Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, GfE- und BSW-Fraktion vom
29.04.2024
Vorlage: 18/1333

Frau Winter erklärt, dass der gemeinsame Antrag über die Erhöhung der Zuschüsse für das Matjesfest sowie das Delft- und Hafenfest heute zur Entscheidung stehen würde. Beide Feste hätten eine lange Tradition und seien wirtschaftlich wichtig, da sie zahlreiche Touristen anziehen würden. In den letzten 20 Jahren sei der Zuschuss nicht erhöht worden, was angesichts steigender Kosten und des Wunsches nach Qualitätssteigerungen nötig sei. Sie schlägt vor, das Drachenbootrennen wieder in das Delft- und Hafenfest zu integrieren, um zusätzliche Attraktivität zu schaffen. Dies sollte jedoch im Arbeitskreis besprochen werden, dem sie ebenfalls ausdrücklich dankt. Abschließend betont sie, dass die SPD-Fraktion die Erhöhung der Zuschüsse unterstütze.

Herr Meyering bedankt sich bei Herrn Kruithoff dafür, dass er seine Meinung hinsichtlich des Delftfestes offen angesprochen und sich klar dazu geäußert habe. Er erklärt, dass er diese Meinung schon länger teile und es richtig sei, dass das Thema nun in die öffentliche Diskussion gerückt werde. In der Fraktion habe man beschlossen, noch einmal Kontakt mit den Fraktionsvorsitzenden aufzunehmen, da noch Beratungsbedarf bestehe. Leider hätten einige Fraktionen nicht geantwortet, während z. B. Herr Verlee klargestellt habe, dass er keinen weiteren Beratungsbedarf sehe. Auch mit Frau Winter habe er sich ausgetauscht, jedoch ohne zu einer klaren Position zu kommen.

Daraufhin bittet Herr Meyering darum, die Entscheidung über die Erhöhung der Zuschüsse bis zur nächsten Ratssitzung zu vertagen. Es gebe in der Stadt noch Klärungsbedarf, insbesondere darüber, ob das Delftfest tatsächlich die Bedeutung und Attraktivität habe, wie im Antrag behauptet werde. Er verweist auf zahlreiche Reaktionen aus den sozialen Medien, die überwiegend negativ gegenüber dem Delftfest gewesen seien. Viele seien der Meinung, dass das Fest beliebig wirke und keinen speziellen Bezug zu Emden habe. Herr Meyering geht auch auf die im Antrag genannten Argumente ein, wonach Einzelhandel, Gastronomie und andere Einrichtungen von dem Fest profitieren würden. Er äußert Zweifel daran und erklärt, dass er von vielen Kulturschaffenden und anderen Bürgerinnen und Bürgern gehört habe, dass sie keinen wirklichen Nutzen aus dem Fest ziehen würden. In der Brückstraße habe er beispielsweise bei den Gewerbetreibenden nachgefragt. Auch die im Antrag genannten Besucherzahlen von 150 Tsd. bezweifle er. Es gebe keine Informationen darüber, wie diese Zahl ermittelt worden sei, und zudem sei diese seiner Ansicht nach unrealistisch.

Weiter kritisiert Herr Meyering, dass die Veranstalter keine klare Transparenz über ihre Kosten und Einnahmen geschaffen hätten. Er fragt, warum die beantragten 10 Tsd. € Zuschuss so unerlässlich seien, wenn es keine detaillierte Darstellung der tatsächlichen finanziellen Probleme gebe. Außerdem erklärt er, dass eine sofortige Entscheidung über die Zuschusserhöhung die laufende Diskussion abwürgen würde. Es bestehe aktuell die Möglichkeit, Ideen zu sammeln und das Fest zu überarbeiten, um es wieder attraktiver zu gestalten. Diese Chance sollte nicht vergeben werden, und die nächsten drei Monate sollten genutzt werden, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Abschließend berichtet Herr Meyering, dass sich zahlreiche erfahrene und kompetente Personen bereit erklärt hätten, sich an der Weiterentwicklung eines neuen Stadtfestes zu beteiligen, so wäre beispielsweise der Apolloverein bereit, bei der Organisation zu unterstützen.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

Herr Kruse kritisiert die vorangegangenen Aussagen von Herrn Meyering, die er als massive Vorwürfe gegen das bestehende Delft- und Hafenfest werte. Diese dürften seiner Meinung nach nicht unkommentiert bleiben. Er bittet darum, den Veranstalter zu Wort kommen zu lassen, um die Situation richtigzustellen.

Herr Strelow weist darauf hin, dass zunächst die Redner auf seiner Liste zu Wort kommen würden, bevor weitere Personen sprechen könnten.

Herr Bolinius erklärt, dass die FDP-Fraktion die Zuschusserhöhung in Höhe von 20 Tsd. € für das Jahr 2024 unterstütze. Aufgrund der verschlechterten finanziellen Lage der Stadt müsse jedoch ab 2025 erneut über die Zuschüsse für das Delftfest beraten werden. Beide Seiten, der Oberbürgermeister und der Arbeitskreis, sollten hierzu noch einmal angehört werden. Zudem stehe die Abstimmung über die Konsolidierung der freiwilligen Zuschüsse für die Jahre 2025 und 2026 noch aus und solle Ende des Monats im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen erfolgen.

Herr ten Hove zeigt sich verwundert, da der Antrag klar vorsehe, dass die Zuschüsse ab 2024 gelten sollten, und erinnert daran, dass der Antrag von mehreren Fraktionen, auch von der FDP-Fraktion, unterzeichnet worden sei. Er kritisiert, dass die FDP gegen eine Übernachtungssteuer sei, obwohl diese zusätzliche Einnahmen für die Stadt bringen könnte, und gleichzeitig die Unterstützung für ein Fest in Frage stelle, das viele Übernachtungen und damit wirtschaftliche Vorteile für Hoteliers und Gastronomen generiere. Er betont, dass jeder die Möglichkeit habe, sich in den offenen Arbeitskreis einzubringen, und spricht sich dagegen aus, das Fest im nächsten Jahr nicht stattfinden zu lassen.

Frau Kruse nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Meyering hinsichtlich der Brückstraße und widerspricht der Darstellung von Herrn Teerling. Sie erklärt, dass die Problematik nicht nur das Delftfest betreffe, sondern auch das Matjesfest, und führt die Erschwernisse für die Brückstraße auf die Lage zurück. Dies sei ein allgemeines Problem der Verkehrsführung, nicht der Feste selbst.

Herr Eichhorn äußert sein Bedauern darüber, dass die Entscheidung um drei Monate verschoben werden solle, obwohl seiner Meinung nach die Fraktionen, die gegen den Zuschuss seien, auch nach dieser Zeit ihre Meinung nicht ändern würden. Er weist darauf hin, dass es immer Kritiker gebe, aber auch viele Befürworter der Feste. Er hält die Diskussion über die Besucherzahlen für eine unnötige Stimmungsmache und unterstreicht, dass es sich bei den beantragten 20 Tsd. € um eine verschwindend geringe Summe im Vergleich zum städtischen Gesamthaushalt von 185 Mio. € handele. Abschließend betont er, wie wichtig es sei, die Feste weiterhin zu unterstützen, und lobt die Arbeit des Arbeitskreises, der sich in den letzten Jahren für die Organisation engagiert habe, trotz steigender Kosten.

Herr Verlee äußert, dass es peinlich sei, was Herr Meyering und die Grünen gemacht hätten. Vor einem halben Jahr habe man gemeinsam mit Herrn Ouedraogo, der damals kämpferisch gewesen sei, beschlossen, etwas zu unternehmen. Seitdem hätten sie jedoch geschwiegen und würden jetzt Lobbyismus betreiben sowie Eigeninteressen verfolgen. Er versichert, dass es im Interesse aller Ratsvertreter sei, weiter an der Qualität zu arbeiten und man für gute Ideen offen sei.

Herr Strelow erinnert Herrn Meyering im Folgenden daran, dass gemäß der Geschäftsordnung keine Grundsatzdebatte mehr geführt werden solle. Es dürften nur noch Antworten auf Fragen und Anregungen der Vorredner erfolgen.

Herr Meyering weist den Vorwurf zurück, er sei ein „Schnacker“, da er seit 40 Jahren in der Veranstaltungsbranche tätig sei und viel Erfahrung habe. Er äußert, dass er niemanden angreifen

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

wolle, und betont, dass er sich auf eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis freue, um neue kreative Ansätze zu entwickeln. Außerdem stellt er klar, dass der Apolloverein ein gemeinnütziger Verein sei, der kein Geld verdiene oder einstecke, und weist die Unterstellung persönlicher oder finanzieller Interessen zurück.

Herr Ohling stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

Herr Meyering entgegnet, er habe lediglich auf die Anregungen der Kollegen geantwortet.

Herr Strelow erklärt, dass der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt sei und er diesen nun zur Abstimmung bringen werde. Er verweist auf die Geschäftsordnung und stellt klar, dass der Antrag auf Schluss der Debatte der weitestgehende Geschäftsordnungsantrag sei und dass die anderen Anträge zur Geschäftsordnung nur zur Abstimmung kämen, sofern der Antrag auf Schluss der Debatte abgelehnt werde.

Herr Kruse weist darauf hin, er habe zuerst den Antrag gestellt, dass die Veranstaltenden das Wort erhalten sollten.

Herr Strelow entgegnet, dass der Antrag auf Schluss der Debatte Vorrang habe und zur Abstimmung gebracht werde.

Herr Kruse wiederholt, dass sein Antrag jedoch zuerst gestellt worden sei und er dafür sei, dass die Veranstaltenden das Wort bekämen.

Herr Renken stellt daraufhin erneut einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

Herr Strelow bedankt sich und stellt klar, dass er nun die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ohling einleite.

Geschäftsordnungsbeschluss: Schluss der Debatte.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

| | | |
|----------------|------------------|-----------------|
| Ja-Stimmen: 20 | Nein-Stimmen: 11 | Enthaltungen: 0 |
|----------------|------------------|-----------------|

Anschließend kommt er zur Abstimmung des Beschlusses.

Beschluss: Der jährliche städtische Zuschuss für die Emdener Matjestage und das Delft- und Hafenfest wird von aktuell je 10 TSD € auf je 20 TSD € erhöht. Dies beginnend im Jahr 2024.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

| | | |
|----------------|-----------------|-----------------|
| Ja-Stimmen: 22 | Nein-Stimmen: 8 | Enthaltungen: 1 |
|----------------|-----------------|-----------------|

TOP 24 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Kruthoff teilt mit, dass Herr Hagen Greving seinen Hauptwohnsitz verlegt habe und damit gemäß § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 NKomVG seinen Sitz im Stadtrat verliere. Die Nachrücker würden nun kontaktiert, und falls niemand das Ratsmandat übernehmen wolle, bleibe der Platz bis zum Ende der Wahlperiode unbesetzt. Eine formale Feststellung solle im Dezember erfolgen.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Rates am 18.09.2024

TOP 25 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.